

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

KINDERLAND BADEN-WÜRTTEMBERG – EIN WEIHNACHTS-MÄRCHEN?!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

eines der am häufigsten benutzten Schlagworte des Ministerpräsidenten ist das „Kinderland Baden-Württemberg“. Herr Oettinger wird nicht müde, dieses „Kinderland“ allerorten zu preisen – und dabei natürlich auch die Politik der Landesregierung, die die angeblich paradiesischen Zustände für Kinder und Familien in unserem Land erst geschaffen hat.

Doch wer die Familien- und Bildungspolitik dieser Landesregierung nur ein wenig genauer anschaut, der wird merken, dass sich die Schlagworte des Ministerpräsidenten schnell als hohle Phrase entpuppen. Sei es die in Aussicht gestellte und inzwischen wieder kassierte Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, sei es die überfällige Schaffung von mehr Ganztagesplätzen und Plätzen für Kleinkinder, oder sei es die halblebige Unterstützung der Ganztageschulen – das „Kinderland“ ist politisch nichts weiter als eine Formel



ohne Inhalt! Und obendrein will der ehemalige Modernisierer Oettinger auf Druck seines konservativen CDU-Flügels nun das sogenannte Betreuungsgeld für daheim bleibende Eltern einführen. Mit den Anforderungen Baden-Württembergs im 21. Jahrhundert hat dies alles nichts zu tun. Was wir brauchen ist mehr Bildung und Betreuung – und keine Geldprämien, die Kinder aus Kindergärten fernhalten sollen!



Mit unseren umfangreichen Förderprogrammen für mehr Ganztageschulen und für mehr Krippenplätze, unserem umfassenden Konzept zur frühkindlichen Bildung mit Sprachförderung und Sprachtests, unseren Finanzierungsvorschlägen zur Beitragsfreiheit von Kindergärten und unserem Vorstoß zur Reformierung des Schulsystems haben wir in Bund und Land eine klare sozialdemokratische Linie in der Bildungs- und Familienpolitik. Wir wollen Chancengleichheit für alle, wir wollen gute Bildung für alle! Und wir wollen mit unserem „Bildungsaufbruch“ einem Skandal entgegentreten, der sich auch im „Kinderland“ Baden-Württemberg immer weiter ausweitet: der Kinderarmut!

Die soziale Ausgrenzung an unseren Schulen zeigt sich sogar beim Mittagessen. Immer mehr Kinder nehmen aus finanziellen Gründen nicht am Essen in den Einrichtungen teil. Dabei ist das gemeinsame Einnehmen eines warmen Mittagessens ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lernens und der Gesundheit. Erfolgreiches Lernen setzt

voraus, dass sich Kinder überhaupt ausreichend und gesund ernähren. Es darf nicht sein, dass in unserem reichen Land Kinder hungern müssen, weil sie sich das Essensgeld nicht leisten können! Deshalb fordern wir ein bezahlbares Mittagessen in Kindergärten und Schulen für alle Kinder! Die Landesregierung muss endlich damit aufhören, die Finanzierung des Mittagessens nur auf die Kommunen und die Eltern abzuschieben! Das Mittagessen gehört zum pädagogischen Auftrag der Schule und somit auch in die Verantwortung des Landes! Alle Kinder in Tageseinrichtungen sollen für einen Euro ein warmes Mittagessen erhalten können. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt einen Landeszuschuss von 32 Millionen Euro für das Jahr 2008 beantragt.

Wir müssen endlich den fatalen Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft in unserem Land grundlegend aufbrechen. Dies werden wir im neuen Jahr weiter ganz oben auf die Tagesordnung setzen. Damit das Kinderland Baden-Württemberg kein Weihnachtsmärchen bleibt.

Ich wünsche euch schon heute frohe und friedvolle Weihnachtstage, einen guten Start ins neue Jahr und ein gesundes und erfolgreiches 2008.

Eure

Ute Vogt
Landesvorsitzende

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

100 JAHRE SOZIALISTENKONGRESS: GROßER FESTAKT IN STUTTGART



„Wir stehen für eine große Idee“ sagte Ute Vogt, Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, am 11. November bei der Festveranstaltung „100 Jahre Sozialistenkongress“ in Stuttgart. Über 1000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sympathisanten und interessierte Bürger folgten der Einladung der SPD ins Stuttgarter Theaterhaus.

Dieser Festakt sei „ein Signal, wie kraftvoll und geeint wir die Ideen der Arbeiterbewegung vertreten“, erklärte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in seiner



ERFOLGREICHE AFA-KONFERENZ



Unter dem Motto „Gute Arbeit für alle“ traf sich in Mannheim die Landesdelegiertenkonferenz der Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Neben der Beratung zahlreicher Anträge, unter anderem zu Altersausstiegsmodellen im Rahmen der Rente mit 67, stand auch die Wahl eines neuen Landesvorstands an. Dabei wurde Udo Lutz im Beisein von Ute Vogt mit 89 Prozent als Vorsitzender im Amt bestätigt. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema „Leiharbeit“. So fordert die AfA unter anderem eine Beschränkung der Verleihzeit zu einem Entleiher. „Ziel muss die Übernahme von Leiharbeitern in ein festes Arbeitsverhältnis sein“, so Udo Lutz. ■

Festrede. „Das Streben nach Gerechtigkeit und Freiheit bleibt wegen marktradikaler Ausformungen des globalisierten Kapitalismus eine große Herausforderung.“ Kurt Beck zitierte aus der Tagesordnung von 1907, wonach die Einwanderung von Arbeitern bereits damals diskutiert und die Einführung eines „Minimallohnsatzes“ empfohlen wurde. Dies sei inzwischen in 22 von 27 europäischen Staaten begriffen worden. „Ich bin zuversichtlich, dass wir Deutschen es auch noch begreifen“, ermunterte der SPD-Chef die Festgäste.

Auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, betonte in seiner Rede ausdrücklich die sozialistischen und sozialdemokratischen Wurzeln der Gewerkschaften. „Daher ist dies auch ein Festakt für uns und für mich“, so Michael Sommer.

In einer Gesprächsrunde mit Luis Ayala, dem Generalsekretär der Sozialistischen

Internationalen, und Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, hob Ute Vogt hervor, dass heute im Grunde dieselben Themen wie vor 100 Jahren die Debatte prägten. „Die Themen, die 1907 den Sozialistenkongress beschäftigten, bewegen uns heute in veränderter Form immer noch: Frieden schaffen, Schutz der Arbeiter und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“

Zwar sei schon vieles erreicht worden, doch angesichts Globalisierung und neuer internationaler Konflikte stehe man auch vor neuen Herausforderungen. „Und darauf muss es auch neue Antworten geben“, so Ute Vogt. ■

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM DEZEMBER

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Jutta Babst in Sigmaringen, Ludwig Benz in Berghaupten, Erika Böhlert in Ebersbach, Walter Bühler in Isny, Wolfgang Daffinger in Weinheim, Karl Fuchs in Karlsbad, Franz Gerber in Munderkingen, Hans Gutzer in Ulm, Manfred Haaf in Billigheim, Walter Häberle in Gingen, Werner Herdt in Mannheim, Walter Hörz in Filderstadt, Karl Kantweg in Kirchzarten, Martin Klumpp in Großbottwar, Siegfried Knepper in Denkendorf, Waltraud Köditz in Heilbronn, Ilse Kränkel in Heidelberg, Betti Krohm in Beilstein, Heinz Kühn in Karlsruhe, Lotte Lukas in Neckartailfingen, Hilde Mayer in Volkertshausen, Rudolf Merkel in Stutensee, Kunibert Metzger in Oftersheim, Anne Motzer in Stuttgart, Hans Muesken in Konstanz, Walter Pilz in Mosbach, Heinrich Probst in Stuttgart, Josef Roos in Bad Friedrichshall, Calogero Rumeo in Mannheim, Hans Schebitz in Donaueschingen, Hermann Schindwein in Karlsdorf-Heuthard, Hermann Schmidt in Mössingen, Ludwig Seib in Rastatt, Heinz Thudium in Neckarsulm, Wilhelm Tröster in Engstingen, Gert Vollmer in Leinzell und an Manfred Wende in Bad Wildbad

ZUM 85. GEBURTSTAG

an Luise Distelzwey in Reinstetten, Rosa Guhl in Reutlingen, Friedrich Hofmann in Überlingen, Heinrich Hufnagel in Heidelberg, Wilhelm Klumpp in Baden-Baden, Karl-Heinz Lüth in Sachsenheim, Erich Meyer in Bad Wimpfen, Rudolf Pergelt in Korb, Herbert Rademacher in Stuttgart, Pauline Rieker in Boll, Harry Sängler in Wertheim, Albert Schwärzler in Mannheim, Walter Stamm in Großbottlingen, Joachim Storck in Freiburg und an Matthias Wehrlin in Malsburg-Marzell

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Berta Biedermann in Mannheim, Alfred Bühler in Altlußheim, Alfred Scholaut in Radolfzell und an Christian Ulrich in Metzingen

ZUM 95. GEBURTSTAG

an Paul Blumhardt in Königfeld, Maria Burgi in Ulm und an Hedwig Reichl in Weinstadt

ZUM 96. GEBURTSTAG

an Victor Fiebiger in Esslingen

VORBEREITUNG DER KOMMUNALWAHL

Im Vorfeld der Kommunalwahl wollen wir schon heute zwei wichtige Termine in 2008 zur Vorbereitung ankündigen:

25./26. JANUAR, BRUCHSAL:

Schulung der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ (weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Bundes-SGK, Tel.: 030-25993-960)

15./16. FEBRUAR, SCHLOSS FLEHINGEN:

Zentrale Schulung der Landes-SPD „Kommunale Werkstätten“ (weitere Informationen beim Büro von Generalsekretär Jörg Tauss im SPD-Landesverband, Tel.: 0711-61936-53)

TERMINE DEZEMBER 2007

MONTAG, 3.

AGS-Landesvorstand, Stuttgart

MITTWOCH, 5.

Regionalparteitag, Ludwigsburg

Juso-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 8.

Landesvorstand, Stuttgart

Kindergartentag der Landtagsfraktion, Stuttgart

MONTAG, 10.

AfA-Landesvorstand, Villingen-Schwenningen

MITTWOCH, 12.

ASG-Landesvorstand, Stuttgart

MITTWOCH, 19.

AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

ZUM 97. GEBURTSTAG

an Waltraut Beringer in Lorch und an Hans Scharpf in Göppingen

ZUM 50. PARTEIJBILÄUM

an Alfons Becker in Reinstetten, Klaus von Beyme in Heidelberg, Wilhelm Ehrmann in Stuttgart, Gerhard Helle in Tübingen, Winfried Höpfner in Karlsruhe, Walter Martin in Reinstetten, Josef Mireisz in Karlsruhe und an Ewald Schniepp in Göppingen

ZUM 55. PARTEIJBILÄUM

an Wolfgang Daffinger in Weinheim, Hans Hörmann in Freiburg, Willi Schimmer in Freudenstadt, Walter Spager in Mannheim und an Heinrich Taubert in Pfinztal

ZUM 60. PARTEIJBILÄUM

an Fritz Ehret in Karlsruhe, Karl Ehret in Waldshut-Tiengen und an Toni Rühle in Lörrach



INITIATIVE FÜR FAIRE LEIHARBEIT

Mit einer gemeinsamen Initiative wollen die IG Metall Baden-Württemberg und die baden-württembergischen Abgeordneten der SPD im Bundestag Akzente gegen das Ausufern von Leiharbeit setzen.

Die Zeitarbeitsbranche ist seit Jahren ein Wachstumsmarkt. Die Zahl der Leiharbeiter ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. In einzelnen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie ist der Anteil der Leiharbeiter bei 30 Prozent. Bundesweit dürften am Ende des Jahres fast 900 000 Menschen bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt sein.

Mit dem Wachstum der Branche haben auch die negativen Auswüchse der Leiharbeit für Arbeitnehmer zugenommen. Was für das Auffangen von betrieblichen Auftragsspitzen und saisonalen Schwankungen gedacht war, wird von den Arbeitgebern oft missbraucht, um für gleiche Arbeit deutlich weniger Lohn zu zahlen. So finden wir auch in der Metall- und Elektroindustrie inzwischen Vergütungen für Leiharbeit, die 30 bis 40 Prozent unterhalb der gültigen Tarifverträge liegt. Sogar monatliche Bruttoeinkommen von 1000 Euro bei Vollzeitarbeit gibt es.

Auch das Argument, dass Leiharbeit ein Mehr an Arbeitsplatzsicherheit biete, ist angesichts der dramatisch wachsenden Zahl von Befristungen bei Leiharbeitsfirmen nicht haltbar. Leiharbeit in ihren heutigen Auswüchsen fördert daher Prekarität und trägt nicht zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts bei. Deshalb fordern die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg und die IG Metall Baden-Württemberg:

Mindestlöhne müssen auch in der Leiharbeitsbranche gelten! Ausländische Leiharbeitsbetriebe müssen durch die Aufnahme in das Entsendegesetz an den Mindestlohn gebunden werden.

Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter müssen den Beschäftigten des jeweiligen Entleihbetriebs gleichgestellt werden – zum Beispiel bei Betriebsrenten, Abfindungen oder Weiterbildungen. Diese Forderung wird durch die Initiative der EU-Kommission unterstützt, die vorsieht, Leiharbeiter nach einer Einarbeitungszeit von maximal sechs Wochen bei Entgelt und Sozialleistungen mit fest angestellten Beschäftigten gleichzustellen (Prinzip „equal pay“ und „equal treatment“). Ausnahmeregelungen, die bisher regelmäßig

die Forderung nach sogenanntem Equal Pay (gesetzlich bereits geregelt im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) unterlaufen, müssen abgeschafft bzw. entsprechend angepasst werden. In der Praxis wird der Gleichstellungsgrundsatz in der Regel durch die Anwendung von Tarifverträgen suspendiert.

Ziel muss aber die Übernahme von Leiharbeitern in die Stammbesellschaft sein, nicht deren Ausgrenzung. Dem Betriebsrat des entleihenden Betriebs muss ein Zustimmungsverweigerungsrecht durch das Betriebsverfassungsgesetz eingeräumt werden, wenn statt Leiharbeit ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis im Betrieb möglich wäre.

Die maximale Verleihzeit an einen Betrieb muss wieder begrenzt werden. Es muss per Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung eine Höchstquote für die Leiharbeiter innerhalb der Belegschaft festgelegt und Einsatzzwecke vereinbart werden können.

Nicht zuletzt fordern wir die Wiederaufnahme des Synchronisationsverbots in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, damit Leiharbeitsunternehmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft beschäftigen. ■



Christian Lange, Vorsitzender der SPD-Landesgruppe und Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall Baden-Württemberg